MÖRSDORF VERBINDET

GEIERLAY

Ortsbürgermeister
Marcus Kirchhoff
Kirchstrasse 17
56290 Mörsdorf
06762 / 96 18 271
bm-moersdorf@gmx.de

Landtag Rheinland-Pfalz
Parl. Geschäftsstelle

| 28.08.2017 | 14.03 |
|---|---|
| Datum | Uhrzeit |

(zu 17/3096) 17/1849

Mörsdorf, 27.08.2017

Gemeinde Mörsdorf Kirchstrasse 17 56290 Mörsdorf
Ausschuss für Bildung
des Landtags Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

Anhörverfahren im Ausschuss für Bildung am Dienstag, dem 12. September 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage erhalten Sie zur Vorbereitung der mündlichen Anhörung vorab meine schriftliche Stellungnahme.
Im Rahmen meines mündlichen Vortrags werde ich einen Beamer benötigen und bitte darum, mir diesen zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Kirchhoff

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
**17/1849**
VORLAGE

**- zu Drs. 17/3096 -**

Anlage

# "Rettet unsere Zwergschulen - Grundschulen müssen bleiben"

## Stellungnahme zur Anhörung vor dem Ausschuss für Bildung des Landtags Rheinland-Pfalz am 12. September 2017

Sind Auslöser der Debatte um die Schließung kleiner Grundschulen massive Beschwerden von Eltern über unzureichende Bildung ihrer Grundschulkinder?

Oder sind es neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die mangelhafte Bildungsqualität an kleinen Grundschulen?

Nein, Auslöser der Debatte war einzig das Sparziel der Landesregierung, die im Koalitionsvertrag unter anderem die Streichung von 2000 Stellen vorsieht. Die Bildungsministerin hat in den Haushaltsverhandlungen massiven Streichungen in ihrem Ressort zugestimmt. Allein 310 Stellen sollen im Bildungsbereich durch „Effizienzgewinne und Strukturveränderungen" eingespart werden. Der Verband Bildung und Erziehung Rheinland-Pfalz (VBE) stellt fest, dass es offensichtlich einen schulpolitischen Perspektivwechsel in Rheinland-Pfalz gibt.

Der bisherige Grundsatz der Landesregierung „kurze Beine, kurze Weg" soll zu Gunsten von Kosteneinsparungen geopfert werden. „Rationalisierung" und „Effizienz" sind plötzlich wichtiger als der schulpolitisch-pädagogische Anspruch.

Auf den viel zitierten Bericht des Rechnungshofes aus dem Jahr 2006, der gerne als Grund für die geplanten Schulschließungen ins Feld geführt wird, reagierte das Bildungsministerium mit folgender Aussage: „Aus pädagogischen und strukturpolitischen Gründen kommt dem Erhalt kleiner Grundschulen Priorität zu."[1]

Pädagogische und / oder organisatorische Nachteile werden in der laufenden Debatte gerne gegen den Fortbestand kleiner Grundschulen erfunden. Die Ortsgemeinde Mörsdorf teilt die Auffassung des VBE, dass im Zuge der Überprüfung kleiner Grundschulen deren pädagogische Qualität zur Begründung für die Schulschließung herhalten muss. [2]

„Der Vorstoß der Landesregierung zur Überprüfung kleiner Schulen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Personaleinsparungen in der Landesverwaltung. Pädagogische Gründe erscheinen hingegen vorgeschoben, da die Existenz kleiner Schulen nicht neu ist bzw. sich die Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht zugespitzt hat. Eine Schließung kleiner Schulen allein aus Gründen der Haushaltskonsolidierung diskriminiert die regionale Infrastruktur und ist abzulehnen." [3]

Die sich aus einer möglichen Schließung ergebenden Konsequenzen für den ländlichen Raum mit seinen dörflichen Strukturen sind offensichtlich nicht Gegenstand der Überlegungen des Bildungsministeriums.

---

[1] Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2006
[2] VBE-Zeitschrift Rheinland-pfälzische Schule 04/2017
[3] VBE-zeitschrift Rheinland-pfälzische Schule 04/2017

Die Ortsgemeinde Mörsdorf ist seit Mitte der 1970er Jahre Träger der Grundschule und übernimmt seitdem alle Kosten im Zusammenhang mit dem Betrieb der Schule.

Die Grundschule Mörsdorf erreichte die geforderte Mindestgröße zuletzt vor 45 Jahren.

Die Mörsdorfer waren und sind sehr zufrieden mit ihrer Schule - sie ist Ausgangspunkt für eine Vielzahl gebildeter Menschen und wird selbstverständlich von allen in Mörsdorf lebenden Grundschülern besucht.

Die vom Ministerium angestrebte „Effizienz" der Grundschulen in Rheinland-Pfalz würde für die aktuell 19 Mörsdorfer Grundschüler täglich mindestens 1,5 Stunden Schulweg bedeuten, um die nächstgelegene Grundschule zu besuchen.

Jedes der kleinen unter 10jährigen Kinder müsste also monatlich 30 Stunden in fremden Bussen und auf fremden Strassen aufbringen, um zur Schule zu kommen. In Mörsdorf brauchen die Kinder dafür bisher keine Stunde im Monat und sie bewegen sich in vertrauter Umgebung.

Für die Beförderung der Kinder zur nächstgelegenen Schule sind jedenfalls Buslinien neu einzurichten, deren Betrieb der Landkreis zahlen müsste. Das Bildungsministerium ist mit diese Kostenumverteilung offensichtlich zufrieden...

An der Grundschule Mörsdorf und im Kindergarten wird für die Kinder bzw. Eltern kostenlos ein tägliches Mittagessen und Nachmittagsbetreuung bis 16:30 Uhr angeboten. Die Kosten trägt die Ortsgemeinde als strukturpolitische Maßnahme für junge Familien in Mörsdorf.

Durch die Schließung der Grundschule würden zwei festangestellte Betreuerinnen ihren Arbeitsplatz verlieren, ganz zu schweigen von den beiden als geringfügig eingestuften Säuberungs- und Hausmeisterstellen.

Eine Vollkostenrechnung über die beteiligten Haushalte des Landes, des Kreises und der Gemeinde spricht in jedem Fall gegen die Schließung der Mörsdorfer Grundschule.

Es ist bekannt, dass die Schließung von Schulen auf die Standortgemeinden erhebliche soziokulturelle Auswirkungen hat, und zwar unabhängig von ihrer Schulgröße. Insbesondere die Schließung kleinster Schulen ist besonders verheerend, da es in der Regel keine Alternative gibt – sonst gäbe es diese Schule nicht mehr.

Daher sollte die Entscheidung, ob die Existenz einer kleinen Schule gerechtfertigt ist oder nicht, alleine in der Hand des Schulträgers liegen.

**August 2017** **Marcus Kirchhoff**

**Ortsbürgermeister und Schulträger der Grundschule Mörsdorf**